

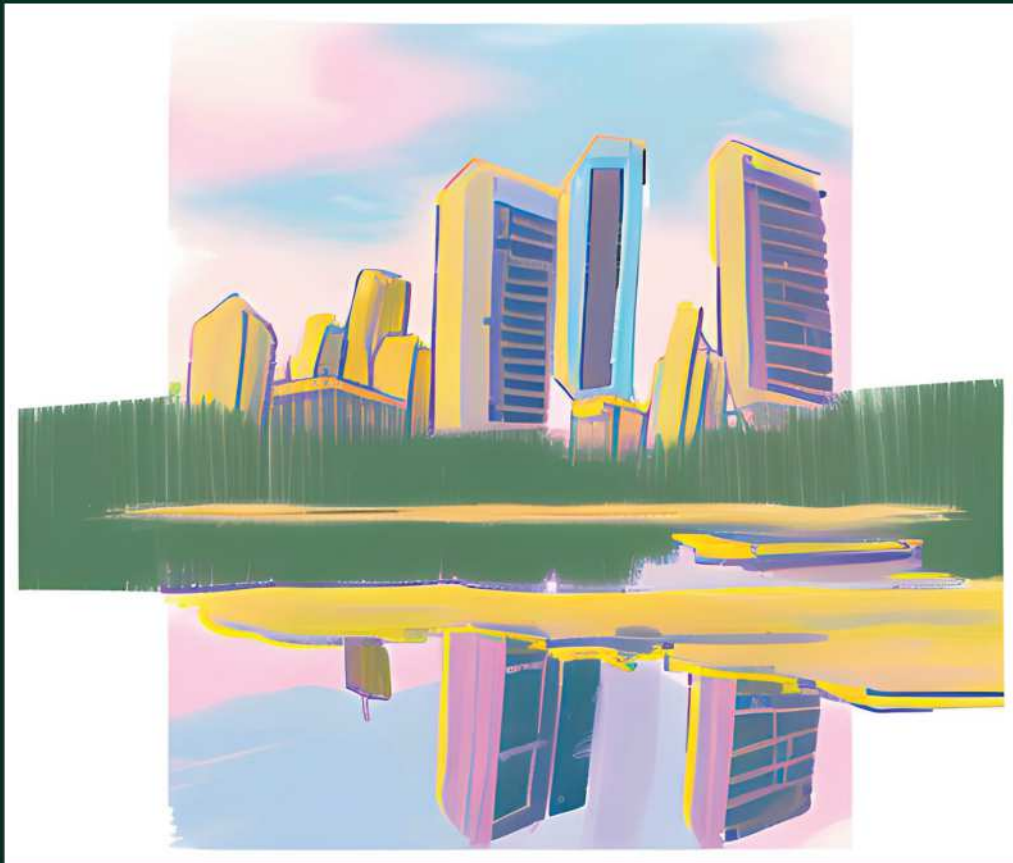
UTTILO

Dorfbericht der GAL Utting



September 2023

Dorf im Wandel Welche Chancen liegen vor uns?



Bau am See
Abstimmung und
Folgen

Kinderbetreuung
Wie geht es weiter
mit Hort und Mitti?

Geothermie
Ein zweiter Anlauf?



Liebe Uttingerinnen, liebe Uttinger,

"Wer will, dass die Welt so bleibt wie sie ist, will nicht, dass sie bleibt."

Erich Fried

Seit über 30 Jahren arbeitet die "Grün-Alternative Liste" (GAL) im Uttinger Gemeinderat mit daran, Utting so lebenswert zu erhalten, wie es ist. Dafür musste und muss sich unser Dorf stetig wandeln.

Die Herausforderungen des Klimawandels - der eigentlich "kommende Klimakatastrophen" genannt gehört - machten den millionenteuren Hochwasserschutz am Mühlbach erforderlich und treiben uns neben vielen anderen Anstrengungen an, zukünftig mehr und schneller erneuerbare Energiequellen zu erschließen.

Auf den demographischen Wandel - der auch "Überalterungskrise und Pflegenotstand" genannt werden könnte - hat Utting mit dem Bürgertreff, der in diesem September in die alte VR-Bank umziehen wird, bereits sehr erfolgreich reagiert; die auf dem ehemaligen "Menter-Grundstück" entstehende Tagespflege ist ein weiterer wichtiger Bewältigungsschritt. Er wird nicht der letzte sein können.

Die weltweiten Migrations- und Fluchtbewegungen - hierzulande als "Flüchtlingskrise" empfunden - haben auch Utting erreicht und sowohl herzliche Hilfsbereitschaft als auch empörende Gleichgültigkeit ausgelöst. Wir dringen weiter darauf, unsere neuen Mitbürger*innen mit Menschlichkeit und Respekt aufzunehmen, insbesondere endlich ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Der allgegenwärtigen Gefahr des Antisemitismus - stets gepaart mit Demokratieverachtung und Fremdenfeindlichkeit - begegnet Utting mit inzwischen fünf Erinnerungsorten, von denen die "Dr. Binswanger Strasse" in Uttings Ortsmitte der neueste ist. Unser Ort ändert sich stetig. Auch dieser "Uttilo", mit dem wir von der GAL, Sie, liebe Uttingerinnen und Uttinger, über unsere Sicht informieren wollen, ist voller Beispiele für Uttings Wandel. Dieser kam und kommt, ob wir wollen oder nicht. Es ist unser aller Aufgabe, ihn weiterhin aktiv zu gestalten und nicht zu Getriebenen zu werden.



Peter Noll
Fraktionsvorsitzender



Florian Mayer
GAL Vorstand

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre.

Aktuelle Bebauung Seestraße: Dichter geht's (n)immer

Bei einem Bauantrag möchte die Bauherr*in meist möglichst viel Wohnfläche auf dem Grundstück unterbringen. Der Bauausschuss (BA) muss prüfen, ob dies im Einklang mit einem Bebauungsplan ist. Falls keiner vorliegt, ist gemäß § 34 BauGB das neue Objekt nur zulässig, "wenn es sich nach Art und Maß in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt". Hierbei wird die umliegende Bebauung mit ihren Geschossflächen, Firsthöhen und der Bebauungsdichte betrachtet. Die Architekt*in nennt beispielsweise je ein Objekt für das "höchste Haus", die "dichteste Bebauung" und die "meisten Geschosse" aus der Umgebung und leitet daraus ab, dass sein Gebäude all diese Punkte vereinen soll. Der BA (auf Antrag: der gesamte Gemeinderat) hat nun zu prüfen, ob sich dies "in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt" oder nicht.

Auch beim Antrag "Seestr. 22" (April 2022; zwei Mehrfamilienhäuser mit sieben Wohneinheiten) wurde nach dem oben genannten Prozedere verfahren. Allerdings ist hier die Bebauung so dicht geplant, dass von den notwendigen 14 Stellplätzen sieben auf ein nördlich des Mühlbaches gelegenes, separates Grundstück in ca. 100 m Entfernung "ausweichen" müssen. Da aus Sicht der GAL das Bauvorhaben als künftiger Präzedenzfall für im Umkreis befindliche Grundstücke herangezogen werden kann, beantragte die GAL die Beschlussfassung im Gesamtgremium.

Der Bauantrag wurde in der Sitzung mit 9:6 Stimmen (GAL geschlossen dagegen, alle anderen Fraktionen dafür) angenommen.

Bei einer Ablehnung könnte das Landratsamt die gemeindliche Zustimmung zwar ersetzen, jedoch kann die Gemeinde hierauf Klage

einreichen, was bereits einige Male zu Gunsten der Gemeinde Utting verlief. Dieser unabhängige Blick wäre notwendig und sinnvoll gewesen.

Die GAL steht für eine innerörtliche Verdichtung, jedoch mit Augenmaß

Negativbeispiele für aus dem Ruder gelaufene, zu dichte seenahe Bebauungen gibt es leider genügend. Es bleibt zu hoffen, dass diese nicht der Stein war, der alles ins Rollen brachte.



Korbinian Lutzenberger

4 Erneuerbare Energie in Utting



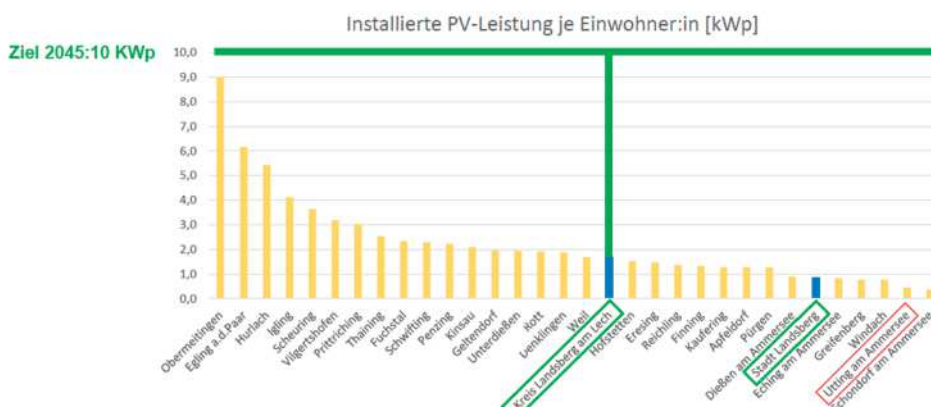
Erneuerbare Energie in Utting – Lasst uns über Photovoltaik sprechen

Inzwischen herrscht weltweit Einigkeit darüber, dass wir den Klimawandel bremsen müssen. Ob wir dabei das Ziel von 1,5 Grad erreichen können oder nicht, lässt sich diskutieren. Doch wir müssen auf jeden Fall unseren CO₂-Ausstoß erheblich reduzieren. Ein wichtiger Baustein dafür ist die Umstellung auf erneuerbare Energien. Für Utting ist der Ausbau der Photovoltaik (PV) sowohl auf Gemeindeebene als auch für die Bürger*innen in den kommenden Jahren von Bedeutung.

Der Verein "Lena Landsberg Energieagentur e.V." hat berechnet, was die Stromumstellung für den Landkreis und speziell für Utting bedeutet. Bis 2045 benötigen wir im Landkreis Landsberg 10.000 kWh pro Einwohner*in und Jahr an Strom. Wollte man dies allein durch PV in Utting erzeugen, wäre eine installierte PV-Leistung von 10 kWp pro Einwohner*in erforderlich, das entspricht 48 m² PV-Modulen pro Einwohner*in von Utting. Bei etwa 4.500 Bürger*innen ergäbe sich eine Fläche von 21 Hektar für PV-Anlagen. Da Utting insgesamt 19.000 Hektar Fläche hat, müssten lediglich 1% unserer Gemeindefläche mit PV-Anlagen bedeckt werden – eine prinzipiell vorstellbare Option. Um den Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Flächen zu minimieren, sollten wir nach Möglichkeit jedes südliche, westliche und östliche Dach in Utting mit einer PV-Anlage ausstatten. Dieses ehrgeizige Ziel kann bis 2045 nur erreicht werden, wenn alle mitwirken. Es gibt viele Gründe, sich daran zu beteiligen. Ein einfacher Grund ist, dass man über einen Zeitraum von 20 Jahren mit praktisch JEDEM Dach Geld verdienen kann.

Wo fangen wir also an? Wie so oft beginnt dies bei der Gemeinde. Als Gemeinderat sollten wir dieses Ziel verfolgen und vorleben.

Die Gemeinden stehen sehr unterschiedlich da:



Was passiert auf den Gemeindedächern?

Nach dem Antrag der GAL (und bereits einige Jahre zuvor auch von der SPD) wurde im Februar 2022 ein PV-Konzept für 14 infrage kommende Gemeindedächer vorgestellt. Die Ergebnisse der professionellen Studie der Firma Lena Solar GmbH lassen sich einfach zusammenfassen: PV-Anlagen sind auf jedem Gemeindedach innerhalb von 6-17 Jahren rentabel. Für das Dach des Campingplatzes bot die Firma sogar direkt während der Sitzung an, die Umsetzung selbst zu übernehmen. Bei diesem "No-Brainer" (Zitat des Planers) könnte die Gemeinde bei einer Investition von 40.000€ über 20 Jahre einen Gewinn von 129.000€ erzielen.

Meine Ansicht seitdem: "WIN-WIN für das Klima und für die Gemeindekasse - wir sollten dies zügig angehen."

Das klingt nach einer Erfolgsgeschichte. Doch bisher wurde noch keine dieser Anlagen gebaut. Die Stimmung beim Bürgermeister und Teilen des Gemeinderats scheint eher zögerlich, eher ein "Ja-aber" zu sein. Die Fortschritte erfolgen zwar, aber sehr langsam und nur durch intensives Nachfragen und weitere Anträge. Für zwei Anlagen auf unseren Kindergärten (Telos und Ludwigshöhe) haben wir mittlerweile einen Planer beauftragt, der die Anlagen planen, ausschreiben und den Bau betreuen wird.

Besonders positiv hervorzuheben ist die Planung des Refugiums, unserem zukünftigen Jugend- und Kulturbau am Bahnhof. Hier haben wir von einem Blechdach mit wenigen PV-Modulen zu einem Dach übergeschwenkt, das ausschließlich aus dachintegrierten PV-Modulen besteht. Einige Rät*innen waren vermutlich eher aus ästhetischen Gründen für diese Variante, während andere möglichst viel erneuerbaren Strom erzeugen wollten. Die Entscheidung wurde jedoch mit großer Mehrheit getroffen.

Funktioniert das auch privat? JA, ich habe das ausprobiert und seit zwei Jahren selbst eine PV-Anlage auf dem Dach. Meine Erfahrungen decken sich zu 100% mit den Prognosen – die Anlage rentiert sich problemlos. Die größte Hürde liegt im Aufwand, dies konkret umzusetzen.

Ich möchte niemanden zwingen, eine PV-Anlage auf seinem Dach zu installieren. Aber ich freue mich über jeden, der sich beteiligt! Wenn ihr noch unsicher seid oder Ratschläge aus erster Hand benötigt, sprecht mich/uns gerne an.



Interesse geweckt?

Mehr Fakten zu unserem Landkreis und tolle Tipps für private PV Anlagen findet ihr hier in der Präsentation von Lena e.V., die auch in Utting vorgestellt wurde



Patrick Schneider

6 Kinderbetreuung in Utting



Ein „bezahlbarer“ Wohntraum in Utting am Ammersee – für viele Alt- und Neubürger*innen wahr geworden durch das Schmucker-Projekt und das Bahnhofstraßen-Baugebiet. Im Schmucker-Projekt lag besonderes Augenmerk auf vielfältigem Wohnraum, der hohe Lebensqualität für Uttinger*innen, einschließlich Familien mit Kindern, bietet. Neue Wohnungen erweitern die Gemeinde, und der Zuzug von Neu-Uttinger*innen belebt neu entstandene Leerstände. Die Einwohnerzahl nimmt zu – die Marke von 5.000 Einwohner*innen ist bald erreicht. Angesichts des wachsenden Wohnraums im Schmucker-Projekt, dem Mentergelände und dem Neubaugebiet an der Bahnhofstraße sowie dem daraus folgenden Zuzug ist eine bedarfsgerechte Aufstockung von Kinderbetreuungsplätzen die unverzichtbare und logische Folge. Denn: Die Zuweisung von Baugebieten und die Entwicklung von Kinderbetreuungsplätzen in einem Dorf stehen in engem Zusammenhang.



Laut einer Hochrechnung¹ für Utting von Oktober 2022 werden bis 2033 im Vergleich zum aktuellen Stand je ein bis zwei Krippen und Kindergartengruppen zusätzlich benötigt. Das zukünftige Bevölkerungswachstum macht ebenso eine Erweiterung der Schulinfrastruktur notwendig. Die Gemeinde muss die Schule jetzt schon auf steigende Schülerzahlen vorbereiten, um hohe Bildungsstandards aufrechtzuerhalten.

Im Grundschulbereich werden ein bis zwei zusätzliche Klassen pro Stufe erwartet. Die aktuelle Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage bei der Ganztagsbetreuung (Mitti, die frühere Mittagsbetreuung, und Hort) in der Grundschule wird sich in den kommenden 10 Jahren noch weiter verstärken.

Aus rechtlicher Sicht gilt ab dem 01.08.2026 ein Anspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Zunächst für die Erstklässler*innen und bis zum Schuljahr 2029 für alle Kinder der Klasse 1-4. Den rechtlichen Anspruch auf Betreuung in Krippe und Kindergarten gibt es bereits, sodass die Kommunen in Zugzwang sind. Am Ende kann die Gemeinde in Zukunft nicht für alles ein eigenes Gebäude bauen. Daher müssen Lösungen gefunden und Konzepte erarbeitet werden, wie man mit maximaler Effizienz den Bedarf nach hochwertiger Betreuung und flexiblen Angeboten abdecken kann.

¹ 06.10.22: Informationsabend für alle

Wie wird die Ganztagsbetreuung in Utting in der Praxis umgesetzt, und wie viele Kinder benötigen eine Ganztagesbetreuung? Diese Fragen sind jedes Jahr aufs Neue eine Herausforderung für unsere Grundschule und für unsere Kommune. Bereits bekannt ist, dass wir in Zukunft ein Modell benötigen, das Eltern die Möglichkeit gibt, individuell auf ihre familiären Bedürfnisse einzugehen.

Ein Blick beispielsweise in unsere Landeshauptstadt zeigt, wie dies möglich sein kann. Eine noch engere Verknüpfung von Schule und den Nachmittagsbetreuungsangeboten sowie eine flexible und individuelle Nutzung der Klassenräume sind Möglichkeiten, die München im Konzept "Kooperative Ganztagsbildung" (kurz KoGa) verfolgt: Grundschul Kinder erhalten den ganzen Tag Bildung und Betreuung an ihrem Schulstandort – auch in den Ferien. Lehrkräfte und Erziehungskräfte arbeiten zusammen. Alle Räume werden von allen genutzt².

Solche oder ähnliche Lösungen könnten zum Beispiel bei einer Renovierung des Anbaus unserer Grundschule durch vorausschauende und durchdachte Planung umgesetzt werden. Für Utting ist das bestehende Modell "Hort" und "Mitti" ein Zukunftsmodell, das derzeit gut funktioniert, teilweise überdacht und unbedingt ausgebaut werden muss. Beide Einrichtungen bieten bereits eine Nachmittagsbetreuung bis 17 Uhr an, welche sowohl Hausaufgabenbetreuung als auch pädagogische Unterstützung sowie kreative und bewegungsorientierte Angebote beinhaltet. Doch der steigende Mangel an Erzieher*innen und Lehrkräften in Bayern betrifft auch die stark nachgefragte Nachmittagsbetreuung. Ein Blick auf krankheitsbedingte Schließtage in unseren Uttinger Kindergärten verdeutlicht bereits heute den akuten Mangel an Fachpersonal.

Eine enge, lösungsorientierte, aber auch kreative Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Schule und Eltern ist erforderlich, damit wir gemeinsam ein zukunftsfähiges Modell für Utting entwickeln können – für unsere Kinder!

²<https://stadt.muenchen.de/infos/kooperative-ganztagsbildung.html>, Stand 22.08.2023



Florian Mayer



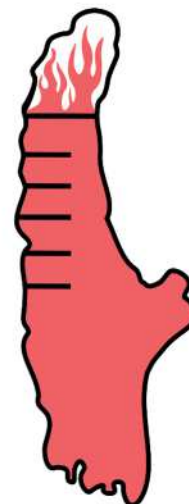
Lisa Vogt

8 Ammersee im Klimawandel



Der See ist wie Bier: Zu warm ist er Mist

Dieser leicht modifizierte Wahlslogan beschreibt in wenigen Worten die Quintessenz jenes Vortrags, den etwa hundert Interessierte im Mai in der Jolle in Utting verfolgten. Dr. Bernhard Ernst, Gewässerökologe und Fischer aus Utting, machte sichtbar, was sich in Zeiten des Klimawandels unter der Wasseroberfläche des Ammersees verändert. Denn die steigenden Lufttemperaturen werden vom Wasser an der Oberfläche aufgenommen. Folglich ist die Anzahl der Tage mit Wassertemperaturen von über zwanzig Grad, im Vergleich zu den 1980er Jahren, bereits um sechzig Tage gestiegen. Mit Auswirkungen für das Ökosystem bis in die tiefsten Schichten des Sees.



Der Wissenschaftler berichtete, dass sich mit den steigenden Wassertemperaturen die Laichplätze der Fische in die Tiefe verlagern. Zudem treten giftige Cyanobakterien (Blaualgen) vermehrt auf und stellen eine Gefahr für Fische, spielende Hunde, aber auch Schwimmer dar.

Im Winter ist der Zeitraum verkürzt, in dem der See an seiner Oberfläche ebenso kalt ist wie in der Tiefe. Eine durchgängig kalte Temperatur ist jedoch Voraussetzung für die Durchmischung von sauerstoffarmem Wasser aus der Tiefe und Oberflächenwasser. Wird also der See an der Oberfläche nicht über einen ausreichend langen Zeitraum kalt, ist eine Sauerstoffunterversorgung in seinen tieferen Schichten die Folge.

Die aufmerksame Atmosphäre im dicht gefüllten Gastraum sowie die vielen interessierten Fragen zeigten: dieses Thema geht uns nahe und macht die Klimakrise spürbar. Auf die Frage nach Handlungsempfehlungen wies der Ammersee-Experte jedoch darauf hin, dass es ihm als Wissenschaftler wichtig ist, seine Beobachtungen und abgeleiteten Szenarien darzustellen, ohne den Zeigefinger zu erheben. Er überlässt es den Zuhörenden selbst, ihre eigenen Schlussfolgerungen zu ziehen.



Andrea Thormählen

So blieben nach dem Ende dieser bedeutsamen und exzellenten Veranstaltung einige Teilnehmer*innen zurück, um in kleinen Gruppen zu diskutieren und ihre Eindrücke zu teilen.

Alt werden im Fünf-Seen-Land: Heim oder Daheim?

Unter diesem Titel veranstaltete die GAL am 19. Juni in der Alten Villa einen Informations- und Diskussionsabend mit Martina Neubauer (Grüne Fraktionsvorsitzende im Bezirkstag und Kandidatin für Starnberg) und Lysander Loosen (Grüner Bezirkstags-Kandidat für unseren Wahlkreis).

Demographischer Wandel, Überalterung der Gesellschaft, zunehmender Betreuungs- und Pflegebedarf, Fachkräftemangel und Pflegenotstand - nicht nur für die direkt betroffenen „Alten“, sondern auch für deren Angehörige können diese bekannten Probleme zu einer emotionalen und wirtschaftlichen Herausforderung werden; und zwar nicht nur bei eingetretener Pflegebedürftigkeit! Denn um im eigenen Zuhause bleiben und weiter am sozialen Leben teilhaben zu können, brauchen Senior*innen sehr viel mehr Unterstützung als nur Pflegeleistungen. Auch wenn die jüngste Pflegereform mehr Geld zur Verfügung stellt, kann es ohne die Menschen, die sich vor Ort um die Errichtung der dafür notwendigen Strukturen und die Übernahme der konkreten Unterstützung kümmern, keine echte Verbesserung geben.

Utting hat Glück: den gemeinnützigen Verein Füreinander, und mit dessen Vorsitzendem Hans Starke und seinen Mitstreiter*innen exzellente „Kümmerer“. Deren Engagement, dem Bauherrn Georg Bechteler und auch der Gemeinde, die eine Ausfallbürgschaft übernommen hat, ist es zu verdanken, dass ab Januar 2024 auf dem neu bebauten Menter-Areal eine Tagespflegeeinrichtung eröffnet wird.



Foto: Arlet Ulfers

Die Teilnehmer*innen an der GAL-Veranstaltung waren sich einig: So kann das Altwerden in Utting daheim gelingen! Eine umfassende Unterstützung des Senioren-Alltags wird kombiniert mit kurzfristig zugänglicher betreuender und pflegerischer Hilfe. Damit dies nicht „Glücksache“ bleibt, sollte das gemeindliche Engagement, welches Utting auf eigene Kosten freiwillig übernommen hat, vom Gesetzgeber (wie etwa im BayKiBi-Gesetz) zur Pflichtaufgabe aufgewertet und finanziell abgesichert werden.



Bettina Senger

10 Was ist eigentlich mit...



...der/dem Uttinger Klimamanager*in?

Die Transformation der Stromproduktion ist in vollem Gange. Es gibt vielfältige Förderungen für die Planung, den Bau und den Betrieb von PV-Anlagen und Windkraftträdern. Sowohl die Gemeinde Utting als auch die Bürger*innen der Gemeinde könnten davon profitieren. Allerdings fehlt es leider an einem/einer Ansprechpartner*in im Rathaus, der/die sich mit diesen Themen befasst. Die Gemeinde Windach zeigt, wie viel Schwung in diesem Bereich möglich ist. In Utting hingegen leisten wir uns lieber eine Mitarbeiterin für Public Relations, die das Gemeindeblatt alle vier Wochen online und mehrmals im Jahr in gedruckter Form erstellt. Natürlich erzeugt auch die aufwendige Verteilung weitere Kosten. Besser wäre es diese Gelder für die CO2-freie Stromproduktion und die notwendige Energie-Transformation und damit für den Klimaschutz zu verwenden.

Für kommunalpolitisch Interessierte: Der Grüne GAL Bericht "Uttilo-online", der über jede Gemeinderatssitzung berichtet, kann hier abonniert werden: <https://ov-utting.gruene-ll.de/uttilo-online-abonnieren-2/>

...mit dem Böllerverbot im Summerpark zu Silvester?

Das ganzjährige Verbot von Alkoholkonsum, Böllern und übermäßigem Lärm im Summerpark wurde letztes Jahr für die Silvesternacht vom Gemeinderat beibehalten. Es gibt sowohl gute Argumente dafür als auch dagegen, wie es oft in der Politik der Fall ist. Wenn jedoch eine Mehrheitsentscheidung getroffen wird, sollte diese auch durchgesetzt werden. Nur hat der Uttinger Bürgermeister im Vorfeld bereits angekündigt, dass dieses Verbot Silvester weder von privaten Sicherheitsdiensten noch vom Ordnungsamt überprüft bzw. durchgesetzt wird. Dies ist ein eigenartiges Verständnis einer demokratisch getroffenen und legitimierten Entscheidung. Die "Nichtdurchsetzung" wird direkt an die Bürger*innen verkündet. Dies erinnert an frühere Zeiten: "...wir haben zwar Tempo 30 im Ort, aber es wird nicht kontrolliert...". Solche Zustände sollten eigentlich längst überwunden sein.

...mit dem dringend benötigten Uttinger Gewerbegebiet?

Seit Jahren gibt es hier keine Fortschritte. Die erfolgreichen Uttinger Gewerbetreibenden suchen verzweifelt nach Möglichkeiten zur Expansion. Viele von ihnen sind bereits in benachbarte Gemeinden umgezogen, da sie hier keine geeigneten Optionen fanden. Es ist dringend notwendig, Fortschritte in diesem Bereich zu erzielen, bevor das Gewerbe komplett aus Utting verschwindet. Doch auch nach gründlichem Studium der vielen gemeindlichen Newsletter findet sich keine einzige Information zu diesem Thema, geschweige denn zu notwendigen Fortschritten.

...mit E-Ladesäulen und E-Autos?

Der Ausbau der E-Ladeinfrastruktur in Deutschland muss dringend vorangetrieben werden. Im März des letzten Jahres wurde im Uttinger Gemeinderat ein Konzept für E-Ladesäulen vorgestellt. Ein Beschluss wurde damals nicht gefasst, leider wurden seitdem auch keine weiteren Schritte unternommen. Aktuell gibt es hier nur zwei öffentliche Ladestationen: bei den Schmucker-Bauten und der Bayerischen Verwaltungsschule. Somit wurde erneut wertvolle Zeit verschwendet, anstatt dringend benötigte Ladesäulen zu errichten.

...mit dem im Gemeinderat beschlossenen "Arbeitskreis Blackout"?

Im November des letzten Jahres traf der Gemeinderat einige Vorbereitungen für den Fall eines möglichen Blackouts. Fachleute gingen vor dem Winter wie auch jetzt vor dem kommenden Winter von einer äußerst geringen Wahrscheinlichkeit für einen langanhaltenden (über 24 Stunden) und großflächigen (deutschland- oder europaweiten) Stromausfall aus. Dennoch ist es vorsorgliche Politik, für einen solchen unwahrscheinlichen Fall vorbereitet zu sein. Hierfür wurde unter anderem ein "Arbeitskreis Blackout" ins Leben gerufen, der vom Bürgermeister geleitet wird und in regelmäßigen Treffen ein Konzept erarbeiten sollte. Das Konzept soll die Zusammenarbeit verschiedener Institutionen (Polizei, Ärzte, etc) koordinieren. Nach einer einzigen Sitzung des Arbeitskreises im letzten Januar fanden - entgegen des ausdrücklichen Gemeinderatsbeschlusses - keine weiteren Treffen statt, es wurde bisher auch kein Konzept erstellt und dem Gemeinderat vorgestellt. Es bleibt uns nur die Hoffnung, dass die Energie-Expert*innen mit ihrer Einschätzung richtig liegen...

...der beschlossenen Mitarbeiter*in zur Betreuung von Geflüchteten?

Auf Antrag der GAL sind die Kosten für eine Stelle zur "Betreuung von Geflüchteten" im Haushalt 2023 berücksichtigt. Bedauerlicherweise wurde bis heute diese wichtige Stelle nicht besetzt. Die Situation der über 40 Geflüchteten, die teilweise seit Jahren im stark heruntergekommenen Gebäude des ehemaligen "Seefelder Hofs" untergebracht sind, ist äußerst schwierig. Diese Mitarbeiter*in würde hier die dringend erforderliche professionelle Unterstützung gewährleisten. Stattdessen bleibt nur: Herzlichen Dank an all die ehrenamtlichen Helfer*innen, die die Geflüchteten unterstützen!

Erschwerend für die Geflüchteten ist die Ablehnung des GAL-Antrags, die seit Jahren leerstehenden Gemeindewohnungen bis zum Beginn der Renovierung für geflüchtete Familien zur Verfügung zu stellen. Dies hätte deren Wohnsituation verbessert und die Integration erheblich erleichtert.



Martin Erdmann

12 Interview mit Gabi Triebel



Liebe Gabriele Triebel, als Landtagsabgeordnete bewirbst du dich um eine Wiederwahl. Du bist vielen bereits bekannt, magst du dich bitte dennoch kurz vorstellen?

Natürlich, sehr gerne: Ich wurde 1960 in Kaufering geboren und habe schon in jungen Jahren erkannt, dass ich ein richtiger Bewegungsmensch bin. Ich war lange Leistungssportlerin (Langstreckenläuferin) und habe den Sport sogar zu meinem Beruf gemacht. Als Sportlehrerin habe ich bis 2018 an verschiedenen Gymnasien unterrichtet. Für Politik interessierte ich mich schon zu Schulzeiten. Als die Kauferinger Grünen mich 2002 gebeten haben, für den Gemeinderat zu kandidieren, habe ich sofort zugesagt. Seitdem bin ich Gemeinderätin, seit 2014 Kreisrätin und von 2014-2020 war ich auch 2. Bürgermeisterin. Als mich 2017 Ludwig (Hartmann) gefragt hat, ob ich für den Landtag kandidieren möchte, habe ich erneut sofort zugesagt und wurde gewählt. Trotz all meiner politischen Arbeit achte ich darauf, dass meine Familie nicht zu kurz kommt, vor allem meine beiden Enkel.

Was motiviert dich dazu, dich erneut für den Landtag zur Wahl zu stellen?

Fünf Jahre sind einfach zu kurz, um meine Ziele umzusetzen. Ich möchte den 4-gleisigen Ausbau der S4 weiter vorantreiben. Die Übernahme der Uniper-Lechkraftwerke durch den Freistaat wird in den kommenden Jahren entscheidend sein. Außerdem möchte ich als langjährige Lehrerin die bayerische Schulpolitik gerechter gestalten, was eine große Herausforderung ist. Aber keine Sorge, ich plane nicht, mit 80 Jahren noch im Landtag zu sitzen!

Du bekleidest die Position der Bildungspolitischen Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion. Welche Fragen beschäftigen dich in diesem Bereich?



Meine Schwerpunkte im Bildungsausschuss lagen auf politischer Bildung, Religion, dem Gymnasium und dem Ganzttag. Besonders intensiv beschäftige ich mich mit dem Rechtsanspruch auf einen Ganztagesplatz in der Grundschule. Hier steht Staatsregierung und Kommunen eine große Aufgabe bevor. Der Rechtsanspruch startet 2026 mit der 1. Klasse, und wir sind mit der Umsetzung weit im Rückstand. Die Staatsregierung hat bisher noch keine Kriterien für die Kommunen herausgegeben, sodass die Umsetzung des Ganztagesanspruchs an den Schulen völlig unklar ist.

Welche Strategien siehst du im Kampf gegen den Lehrermangel?

Früher war der Lehrerberuf sehr begehrt, aber in den letzten 10 Jahren hat sich das stark geändert. Daher sollten wir Folgendes tun:

- Das Studium sollte praxisnäher gestaltet werden und mehr Flexibilität bei der Wahl der Schulart bieten.
- Das Referendariat gehört grundlegend modernisiert und besser bezahlt.
- Schulen benötigen mehr Verwaltungskräfte, um Schulleitungen und Lehrkräften mehr Zeit für die pädagogische Arbeit zu geben.

Wie sähe dein ideales Bildungssystem aus?

Meine ideale Schule der Zukunft wird jedem Kind gerecht, unabhängig von Begabung, Unterstützungsbedarf oder Herkunft. Hierfür benötigen wir mehr "individuelles Lernen" und "selbstgesteuertes Lernen". Digitale Hilfsmittel sollten den Schüler*innen dabei eine große Unterstützung bieten. Lehrkräfte werden damit mehr zu Lernbegleiter*innen. Das Lernen wird verstärkt in und durch Projekte erfolgen. Angesichts des Einzugs von Künstlicher Intelligenz in Schulen müssen wir neben dem Wissenserwerb vor allem auch zukunftsrelevante Kompetenzen wie Kreativität, Zusammenarbeit, Kommunikation und kritisches Denken vermitteln.

Politiker*innen werden zunehmend Angriffen ausgesetzt. Wie gehst du damit um?

Ich erhalte vor allem über soziale Medien immer mehr Hasskommentare. Beleidigende Äußerungen und respektlose Meinungen lösche ich sofort oder blockiere die Nutzer*in. Wenn jemand wirklich an einem konstruktiven Meinungsaustausch interessiert ist, diskutiere ich gerne mit dieser Person. Ich denke, wir haben generell verlernt, kontrovers zu diskutieren. Wir sollten lernen, verschiedene Meinungen zuzulassen und zu akzeptieren, ohne die ganze Person in Frage zu stellen. Streit ist nichts Schlechtes, sondern ein wesentlicher Bestandteil einer lebendigen Demokratie – allerdings sollte er respektvoll und mit Anstand geführt werden.



Gabi Triebel



Torsten Leiter

14 Interview mit Lysander Loosen



Du kandidierst für uns Grüne als Direktkandidat für den Bezirkstag. Wer ist Lysander Loosen? Erzähl mal was über dich.

Ich bin nicht den typischen Weg „vom Kreißsaal, in den Hörsaal, in den Plenarsaal“ gegangen, sondern habe nach meiner mittleren Reife eine Ausbildung zum Fernsehjournalisten an der Bayerischen Akademie für Fernsehen gemacht, dann für einige Produktionsfirmen und Fernsehsender gearbeitet, bis ich dann auf dem zweiten Bildungsweg mein Abitur am Städtischen Münchenkolleg nachgeholt habe. Seitdem studiere ich in Augsburg Politikwissenschaft und Soziologie und bin stellvertretender Leiter der offenen Ganztageschule am Graf-Rasso-Gymnasium in Fürstenfeldbruck.

Was ist deine Motivation? Was treibt dich an?

Meine Motivation ziehe ich aus dem, was ich jeden Tag sehe. Gerade jetzt im Sommer sind wir auch hier in Bayern mit immer mehr klimatischen Extremsituationen konfrontiert. Eine Hitzewelle jagt, gefolgt von schwersten Unwettern, die nächste, die Wasserknappheit wird immer deutlicher und Mensch und Natur leiden. Auch im sozialen Bereich sehe ich durch meine Arbeit riesige Aufgaben, die wir angehen müssen. Echte Inklusion an Schulen, im kulturellen Bereich und im alltäglichen Leben sind Schritte, die wir gehen müssen, um Landsberg und Fürstenfeldbruck für uns alle schöner und gerechter zu machen. Echte Inklusion ist für uns alle eine Bereicherung.

Warum kandidierst du für die Grünen?

Wir haben die richtigen Themen für Bayern. Ein „Weiter so“, wie es im Moment in der Staatsregierung gelebt wird, macht Bayern nicht fit für die Gegenwart und Zukunft. Wir brauchen in Oberbayern, aber auch im ganzen Land Mut und eine



Zukunftsvision, um uns aus diesem „Verwalten“ zu befreien und den Turbo für Veränderungen einzulegen. Echte Veränderung kann nur von mutigen politischen Entscheidungen kommen, und die brauchen wir dringend. Gerade beim Thema erneuerbare Energien und Klimaschutz kann und muss der Bezirk sehr stark nachlegen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass auf jedem Gebäude des Bezirks eine Solaranlage aufs Dach kommt. Wir entscheiden wie es mit Bayern weitergeht. Meine Empfehlung:



Am 8. Oktober: Alle Stimmen grün! **Torsten Leiter**

Seit 20 Jahren sucht das Bayerische Innenministerium einen Standort für ein Polizeibootshaus am Ammersee. Jahrelang lag das Boot am Dießener Dampfersteg. Laut Polizei gab es dort aber laufend Probleme: Randalierer*innen würden Flaschen und Müll in das Boot werfen, es sei morgens voll Möwenkot und es käme sogar vor, dass Menschen im Boot ihr Geschäft verrichteten. Um den Polizist*innen endlich anständige Arbeitsbedingungen zu bieten, brauche man ein schützendes Bootshaus, wo das Boot auch gewartet werden könne. Außerdem könne das Boot dann auch im Winter eingesetzt werden, z.B. bei Unfällen von Kitesurfer*innen. Über all diese Argumente kann man trefflich streiten. Fakt ist, dass das Ministerium die Entscheidungshoheit hat, ob ein Bootshaus gebraucht wird oder nicht. Bürger*innen und Gemeinderat haben hier kein Mitspracherecht.

Bis Sommer 2021 war ein Bootshaus am Holzhausener Dampfersteg geplant, aufgrund der Anbindung an die Bayerische Verwaltungsschule. Dort regte sich jedoch heftiger Widerstand u.a. von Naturschützer*innen und den direkten Nachbar*innen. Letztere haben als einzige ein Einspruchsrecht bei diesem "Zustimmungsverfahren" nach Art. 73 BayBO, bei dem der Staat selbst auf staatlichem Grund baut. Im Verfahren wurde ein Zusammenhang mit dem "höchstwertigen" Naturschutzgebiet Seeholz festgestellt, und so durfte hier nur gebaut werden, wenn es keine Alternativen gibt. Mit dem Argument, dass es sehr wohl Alternativen gäbe, wurde der Einspruch der Nachbar*innen begründet und brachte das Verfahren zum Ruhen. Der Standort in Holzhausen ist formell aber noch nicht vom Tisch. Siehe: <http://dampferstegholzhausen.de/>

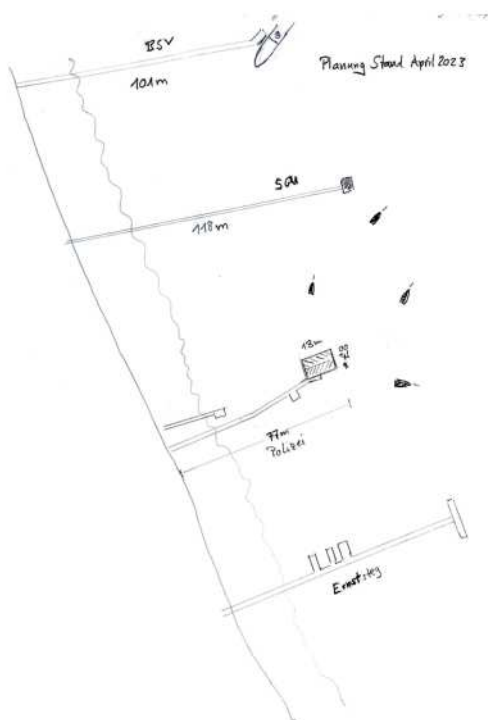
Um, wie er sagte, Holzhausen, endgültig zu schützen, schlug der neugewählte Uttinger Bürgermeister dem Innenministerium im Sommer 2021 das Freizeitgelände vor. Die Idee: Polizeisteg und Wasserwacht kombinieren und Synergien schaffen. Daraufhin forderte aber die Schlösser- und Seenverwaltung, den dann ungenutzten Wasserwachtsteg am Pavillon abzureißen, weil jeder unnötige Steg rückgebaut werden müsse. Da der Steg den Uttinger Familien auch zum Baden dient, wurde die Idee wieder fallen gelassen.

Die Alternative "Freizeitgelände" war nun aber auf dem Tisch, und das Ministerium erkannte, dass hier kaum Widerstand zu erwarten war. Denn dieser Bereich sei mangels Schilfgürtel und Naturschutzgebiet naturschutzrechtlich unproblematisch. Darüber hinaus gibt es keine einspruchsberechtigten Nachbar*innen, und die Forderung der Gebrüder Ernst nach möglichst geringer Beeinträchtigung des Segelschulbetriebs wurde berücksichtigt.

16 Polizeibootshaus in Utting



Die Einzige, die dem Projekt indirekt zustimmen musste, war die Gemeinde Utting. Denn Zugang und Elektrizität führen dann über ein gemeindliches Grundstück. Die Mehrheit des Gemeinderats hatte nach Wegfall der Synergien Bedenken. Man verlangte die Prüfung anderer Standorte (u.a. Dießen, Riederau, Stegen, das Ostufer) und einen Beleg dafür, dass hier der geeignetste Ort sei. Dies wurde von kritischen Gemeinderät*innen bis zuletzt infrage gestellt und andere technische Lösungen vorgeschlagen, u.a. ein Bootshaus an Land mit einer festen Gleisanlage. Die GAL wies auch darauf hin, dass die schon heute enge Uferstelle im Sommer von vielen Segler*innen genutzt wird und der Neubau den Zugang weiter einengen würde. All dies wurde vom Innenministerium beiseitegeschoben.



Im März 2023 präsentierte das Ministerium dem Gemeinderat die Planung mit der Bitte um Zustimmung – ohne bauliche Skizzen, ohne Maße des Hauses, ohne dokumentierte Standortprüfung. Die Gemeinderatsmehrheit verlangte daraufhin, dass zumindest Bauskizzen mit Maßen bereitgestellt werden. Als diese im April vorlagen, stimmte der Gemeinderat mit 5 Gegenstimmen (4 x GAL) für das Projekt, obwohl bis zuletzt nicht dargelegt wurde, dass dieser Standort der Beste ist. Die Maße: Steg: 75 m lang (zum Vergleich: SGU-Steg: 118 m.) Bootshaus: ca. 13 m lang und 9 m breit; Platz für beide Polizeiboote; keine weiteren Räume. Es kann festgestellt werden, dass sich – anders als in Holzhausen - bisher kein nennenswerter Widerstand abzeichnet, abgesehen von Einzelstimmen und einem gelungenen Freinachtsstreich. Die Wahrnehmung verfestigt sich leider, dass die Mehrheit der Uttinger nichts gegen ein Bootshaus im Freizeitgelände hat oder es zumindest dem Standort in Holzhausen vorzieht.



Niki Högenauer



SO KLEIN WIE MÖGLICH,
SO GROSS WIE NÖTIG

Mario Milchbrandtweinstetter

Dieses o.g. Zitat stammt aus der Sondersitzung "Polizeibootshaus im Uttinger Freizeitgelände" am 23.03.2023. Die Vizepräsidentin des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord, Kerstin Schaller versicherte dem Gemeinderat: "[...] wir binden uns an die Aussage, so klein wie möglich, so groß wie nötig". Mit ca. acht Meter Breite und 14 Meter Länge handelt es sich eher um ein Bootsschloss, als um eine Bootshütte. (Anm. d. Red.)

18 Geothermie - 2. Anlauf?



Wissenschaftliche Fakten zur Geothermie

Die Geothermie umfasst sowohl die geowissenschaftliche Untersuchung der thermischen Situation als auch die ingenieurtechnische Nutzung der Erdwärme. Innerhalb der Geothermie gibt es zwei Hauptkategorien:

1. Oberflächennahe Geothermie:

- Nutzt Lagerstätten in geringen Tiefen.
- Reservoirtypen: Aquifere, Grundwasserleiter, Gesteinsformationen.
- Wird hauptsächlich für Heiz- und Kühlzwecke eingesetzt.

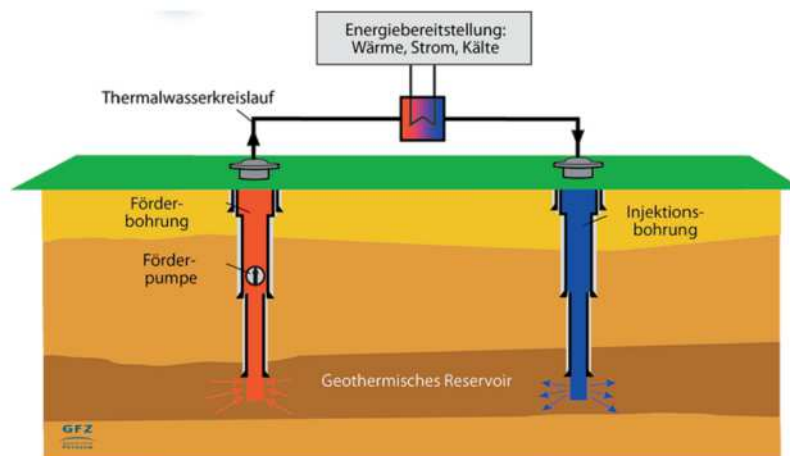
2. Tiefe Geothermie:

- Erschließt Lagerstätten in größeren Tiefen (>400 m).
- Unterscheidet zwischen Hochenthalpie- (> 200°C) und Niederenthalpielagerstätten.
- Hydrothermale Lagerstätten in Tiefen über 400 m mit zirkulierendem Thermalwasser.

Die geothermische Energie gilt als quasi unerschöpflich und erneuerbar. Sie steht kontinuierlich zur Verfügung, jedoch nicht überall in gleicher Weise. Bei ausreichend hohen Temperaturen ist sie grundlastfähig und somit für die Elektrizitätsversorgung geeignet.

Historische Fakten zur Geothermie in Utting

- September 2008: GEOenergie Bayern erhält Recht zur Geothermienutzung.
- 2010: Gutachten zu Schall, Schwadenbildung und Wasserverbrauch vorgestellt.
- Anfang 2011: Gemeinderat stimmt potenziellem Standortwechsel zu.
- Februar 2012: Grundsatzbeschluss für planungsrechtliche Grundlagen. Bedauerlicherweise setzte die GEOenergie Bayern die Planung nicht fort.



Fazit unter aktuellen Gesichtspunkten

Die Nutzung von Geothermie trägt zur Energieunabhängigkeit bei und reduziert die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Sie bietet Stabilität der Energieversorgung und verringert Umweltauswirkungen.

Durch interkommunale Zusammenarbeit können die Vorteile der Geothermie optimal genutzt werden:

- Gemeinsame Ressourcenbündelung reduziert finanzielle Belastungen.
- Wissensaustausch und Fachwissen erleichtert die Bewältigung technischer Herausforderungen.
- Risiken werden gemeinsam getragen und verringert.

Die Akzeptanz der Bevölkerung ist entscheidend für eine zukunftsorientierte Energiepolitik. Landrat Thomas Eichinger lehnte trotz all dieser Chancen die Unterstützung durch den Landkreis bisher vollständig ab. Die Umsetzung der energetischen Unabhängigkeit liegt daher vollständig bei den gewählten Gemeindevertretern.



Christian Huber

GAL-Stammtisch:

Immer der erste Montag im Monat, 20 Uhr, Aktuelle Termine www.gal-utting.de

Gemeinderatssitzung:

Donnerstag um 19.30 Uhr (28.9., 19.10., 16.11., 21.12.), im Feuerwehrhaus

Öffentliche Bauausschuß-Sitzung:

im September am Mittwoch vor der Gemeinderatssitzung, 18.30 Uhr im Feuerwehrhaus
ab Oktober Donnerstags direkt vor der GR-Sitzung, 18.30 Uhr im Feuerwehrhaus

Uttilo-online abonnieren

Die gedruckten Ausgaben des Uttilo können nicht hochaktuell sein. Eine kommentierte und aktuelle Zusammenfassung von jeder Gemeinderatssitzung findet sich im Uttilo-online. Abonnement und Download sind über unsere Homepage GAL-Utting (www.gal-utting.de) möglich.



20 Tempo 30 - Fortsetzung folgt!



Im vorherigen Uttilo 2022 hatte ich das Thema "Entschleunigung für mehr Lebensqualität" behandelt, insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung von Tempo 30 auf der Staatsstraße. Die rechtliche Grundlage hierfür bietet § 47 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Alle fünf Jahre führt der Freistaat Bayern Verkehrszählungen durch, auf deren Basis die straßenlärmbezogene Belastung für jede Gemeinde berechnet wird.

Werden hier bestimmte Richtwerte überschritten, ist die Gemeinde aufgefordert, im Rahmen des Lärmaktionsplans Maßnahmen zu ergreifen. Eine geeignete Maßnahme stellt in diesem Zusammenhang die dauerhafte Einführung von Tempo 30 dar.

Bereits im Jahr 2022 hat der Gemeinderat von Utting auf Anregung der GAL-Utting beschlossen, sich an dem Beispiel von Inning zu orientieren. Dort gilt seit Anfang 2022 Tempo 30 auf der Staatsstraße. In Zusammenarbeit mit der ähnlich betroffenen Nachbargemeinde Schondorf wurde eine Lärmstudie beschlossen und das gleiche Büro beauftragt, das bereits in Inning erfolgreich tätig war. Vor einigen Monaten fand die Grundlage für die Lärmmessung auf der Staatsstraße zwischen Utting und der A 96 statt.

Die Vorstellung der Lärmstudie wird im Rahmen einer öffentlichen Sondersitzung des Gemeinderates am 10.10.23 um 19.30 Uhr im Feuerwehrhaus erfolgen.

Die meisten Autofahrer*innen haben sicherlich die entsprechenden Gerätschaften bemerkt, die oft mit Blitzgeräten verwechselt wurden und für viel Aufmerksamkeit gesorgt haben. Die Auswertung der Messung läuft derzeit. Nach Abschluss der Auswertung wird das beauftragte Büro geeignete Maßnahmen zur Lärmreduzierung vorschlagen. Hinsichtlich der Gesundheit aller Uttinger*innen ist zu hoffen, dass dazu auch die Einführung von Tempo 30 gehören wird.



Matthias Jausel

Impressum

Herausgeber: GAL Utting, OV Bündnis90/DIE GRÜNEN, www.gal-utting.de

Redaktionsteam: Martin Erdmann, Michika Neugebauer

ViSdP: Martin Erdmann, Beim Elisabethheim 6, 86919 Utting

IBAN: DE29 7005 2060 0000 1536 68 BIC: BYLADEMILLD (Sparkasse Landsberg Diessen)

Dieser Uttilo Print wurde CO2-neutral gedruckt.